



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Preußens auswärtige Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Partei, durch deren schwarzröckige Vertreter sie von Anfang an mit unverhohlenem Triumphgeschrei begrüßt worden sind.

Gewiß es ist Zeit, daß die Richtung, welche das preussische Cultusministerium bis jetzt verfolgt, ein Ende erreiche. Sonst hat aller Fortschritt auf andern Gebieten kein Fundament und kein Ziel. Die Schule liegt schwer danieder und man hätte ihr längst helfen sollen, aber nicht mit Regulativen, sondern mit den materiellen Mitteln, die nirgends so sehr fehlen, wie hier; nirgends besser angewandt wären. Predigt so viel ihr wollt, der Lehrer müsse um Gottes Willen dienen: Tüchtiges werden eure Lehrer erst leisten, wenn sie nicht mehr bloß um Gottes Willen dienen. Wollt ihr aber im Ernste, daß das Volk keine wahre und freie Bildung erhalte und sich ewig begnüge mit Luther'schem oder Heidelberger Katechismus und mit Gesangbuchsliedern, die zum Theil recht schön und erbaulich, zum Theil aber auch recht herzlich geschmacklos sind, so haltet die Regulative auch für die Zukunft fest als Regel und Richtschnur.

Preußens auswärtige Politik.

Von der preussischen Grenze.

Die neulich wieder angeknüpften Unterhandlungen über die Reform der deutschen Kriegsverfassung nöthigen uns, die Aufmerksamkeit auf die auswärtige Politik Preußens zu lenken. Leider zeigt dieselbe eben so wenig Energie, als die innere; hier wie dort scheint man den guten Willen als die ganze Aufgabe eines preussischen Staatsmanns zu betrachten, und die Ausführung dem lieben Gott zu überlassen. Weit entfernt, durch diesen muhamedanischen Fatalismus Freunde und Feinde zu gewinnen, erregt man dadurch überall Mißtrauen, weil Jedermann voraussetzt, irgend Etwas müßte eine so ansehnliche Regierung doch wollen, und je beharrlicher sie sich des Schweigens befleißigt, desto gefährlichere Absichten setzt man bei ihr voraus. Es scheint in Deutschland jetzt bereits so weit gekommen zu sein, daß jeder Vorschlag Preußens, er mag lauten wie er wolle, von vornherein als unannehmbar betrachtet wird.

Wir verkennen die Schwierigkeiten der Lage nicht, und um gegen Preußen nicht ungerecht zu sein, sprechen wir es offen aus: nicht der eigentliche Inhalt, nicht das Princip der preussischen Politik ist es, was wir tadeln, sondern nur die Art und Weise, wie sie dasselbe durchzuführen sucht. Im Princip sind wir vielmehr ganz mit ihr einverstanden.

Wir sind namentlich mit ihr einverstanden gegen diejenigen Mitglieder unserer eigenen Partei, welche von ihr verlangen, sie solle sich an die Spitze der „Bewegung“ stellen und eine Centralgewalt und ein Reichsparlament durchsetzen. Wenn solche Wünsche in öffentlichen Versammlungen von Privatleuten discutirt und for-

mulirt werden, so haben wir nichts dagegen einzuwenden, denn eine solche Agitation ist nicht auf den nächsten Tag gerichtet; was aber eine Regierung verlangt, muß sie allerdings auf den nächsten Tag verlangen. Und daß der nächste Tag für eine Centralgewalt und für ein Reichsparlament noch nicht reif ist, dafür sind uns jene Verhandlungen selbst der augenscheinlichste Beweis. Wir wollen die Sitzungen des Nationalvereins übergehen, der zunächst sich einen Boden zu erobern sucht und deshalb nach allen Seiten Zugeständnisse macht, mehr als mit seinen Zwecken vereinbar scheint; wir wollen nur auf die letzten Verhandlungen des sächsischen Landtags hinweisen, der mit allen gegen eine Stimme beschlossen hat, auf die Errichtung einer Centralgewalt und die Berufung eines Reichsparlaments anzutragen; ein Beschluß, der sich dadurch noch mehr charakterisirt, daß die Hälfte der Botanten nicht zu den Liberalen gehört, und daß der Minister Herr v. Beust die frommen Wünsche der Versammlung als solche, d. h. als fromme! warm befürwortet. Auf diese Weise kommen wir keinen Schritt weiter. Wenn der Eine nach rechts, der Andre nach links gehen will, und Beide, um sich zu einigen, den Schluß formuliren: wir wollen „gehn“ im Allgemeinen, so sind sie dadurch dem Ziel nicht näher gekommen. Hätten die deutschen Fürsten nicht eine so entschiedene Abneigung gegen alle öffentlichen Versammlungen, so könnten sie diese Wünsche bereitwillig genehmigen: sie könnten wiederum etwa die Abgeordneten aller deutschen Landtage, die Destreicher voran, nach Frankfurt einberufen und ihnen den engeren Ausschuß des Bundestags als die neue „Centralgewalt“ präsentiren; dann die Herren in der Paulskirche sich selbst überlassen, um schätzbares Material aufzuhäufen, Fractionen zu organisiren, Reden zu halten, Toaste auszubringen, und dann nach Hause gehen, um fortzuregieren wie früher.

Daß die preussische Regierung auf solche Anmuthungen nicht eingeht, halten wir für eben so gerechtfertigt, als daß sie dieselben frei gewähren läßt. Denn vielleicht ist es doch möglich, daß auf diesem Wege allmählig das Publicum über seine Wünsche sich verständigt. Das ist freilich noch keine Verständigung, wenn Großdeutsche und Kleindeutsche das über die Politik entscheidende Vorwort weglassen, und sich als „Deutsche“ im Allgemeinen brüderlich in die Arme fallen. Deutsche brauchen wir nicht erst zu werden, das sind wir längst, wir haben unsere Schillerfeste und Anderes, aber damit werden wir freilich noch nicht die Staaten regieren.

Wenn wir die preussische Politik während der letzten drei Jahre zusammenfassen, so finden wir in ihr folgende Grundsätze.

Erstens. Wir sind nicht verpflichtet, weil nicht berechtigt, überall in Deutschland den Mißbräuchen abzuhelfen. Wir können nur theils durch gutes Beispiel wirken, theils dadurch, daß wir den Bundestag hindern, in der Carlsbader Manier den Regierungen beim Umsturz bereits bestehender Verfassungen behilflich zu sein. Ein eclatanter Fall ist Kurhessen; hier haben wir noch dazu die Verpflichtung, einen Fehler zu sühnen, an dem wir uns selber theilhaftig haben.

Zweitens. Eine ernste Gefahr bedroht uns von Frankreich, eine ernste Aufgabe haben wir in Schleswig-Holstein. Beides nöthigt alle deutschen Regierungen, Destreich mit einbegriffen, sich zu einigen. Wir wollen die Einigung dadurch anbahnen, daß wir jede Verlockung Frankreichs, auch die glänzendste, schroff zurückweisen, und dadurch den anderen Staaten ein Beispiel geben. Nur so weit wollen

wir nicht gehen, Oestreich in seinen Eroberungsplänen nach Italien hin zu unterstützen.

Drittens. Um zu dem bevorstehenden großen Kampf gerüstet zu sein, muß die Kriegsverfassung des deutschen Bundes nach Maßgabe der veränderten Umstände reformirt werden. Die Theorie betrachtet Deutschland ungefähr wie zu den Zeiten des 17. Jahrhunderts, wo das „Reich“ seinem Kaiser, mit andern Worten seiner Großmacht nur eine geringe Hilfe stellte, die später, namentlich im 18. Jahrhunderte als „Reichsarmee“ sich kein sonderliches Ansehen erwarb. Die Thatsache ist nun, daß zwei große Militärmächte vorhanden sind, von denen keine daran denken kann, sich der andern unterzuordnen. Um nun die gesammte Wehrkraft Deutschlands zweckmäßig zu benutzen, ist es nothwendig, an die schon bereits bestehenden großen Heerkörper das Uebrige anzugliedern: das 7. und 8. Armeecorps an Oestreich, das 9. und 10. an Preußen. Die Gefahr kann im Augenblick kommen; um ihr mit Zuversicht entgegen zu gehen, muß jene Einrichtung als eine organische vorher festgestellt werden.

Dieß war das Programm der preussischen Politik vor zwei Jahren, und, wie gesagt, wir halten es für das vollkommen richtige. Seitdem haben sich die Umstände sehr zu Gunsten Preußens geändert. Einmal hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland sehr viel günstiger für Preußen ausgesprochen; zweitens ist Oestreich im Begriff, ein constitutioneller Staat zu werden, und es ist darüber in einen Umbildungsproceß gerathen, der es ihm dringend wünschenswerth macht, mit Preußen gut zu stehen.

Sind mit den Umständen auch die Erfolge Preußens besser geworden? — Im Gegentheil, wir stehen viel schlechter als vor zwei Jahren.

Preußen stellt einen neuen Antrag in Bezug auf die Bundeskriegsverfassung, einen Antrag, den wir bei seiner unbestimmten Fassung nicht ganz verstehen, der aber jedenfalls im Vergleich mit dem vorigen große Concessionen für Oestreich enthält. Man sollte also erwarten, es habe mit Oestreich eine Verständigung stattgefunden — und siehe da: Oestreich erklärt sich gegen den preussischen Vorschlag.

Wenn wir unsere Diplomatie nur dazu haben, an den fremden Höfen zu repräsentiren, so bezahlen wir sie zu theuer. Die Diplomatie hat die Aufgabe, was ihre Regierung will, was sie dafür bietet, und was sie im Weigerungsfall zu thun gedenkt, den fremden Regierungen deutlich zu machen. Das scheint ihr wenigstens in Oestreich nicht gelungen zu sein.

Die preussische Regierung irrt, wenn sie glaubt, durch die bloße Formulirung ihrer Wünsche ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Wenn ein Staat etwas erlangen will, so muß er den Betheiligten auf der einen Seite bestimmte Vortheile, auf der andern Seite bestimmte Nachtheile in Aussicht stellen, und diese Vortheile und Nachtheile muß er nach den Interessen, allenfalls auch nach den Leidenschaften der Betheiligten einrichten. Ein Staat darf nie vorher etwas fordern, bevor er sich nicht genau überlegt, wie er seiner Forderung Nachdruck zu geben gedenkt. In der Weise, wie Preußen bisher verfahren, kommt es nicht vorwärts sondern zurück, und sinkt nebenbei in der allgemeinen Achtung.

Schon vor drei Jahren tauchte die Trias-Idee auf. Damals fand man sie nur lächerlich, heute ist sie ihrer wirklichen Ausführung schon um einen guten

Schritt näher gekommen. Es handelt sich darum, das 7. 8. 9. und 10. Armee-corpß, welche nach dem preussischen Vorschlag im Kriegsfall an Oestreich und Preußen angegliedert werden sollten, als selbständige Militärmacht zu constituiren, nicht bloß für den Kriegsfall, sondern bereits im Frieden.

Wir glauben nicht, daß die preussische Regierung auch nur einen Augenblick gemeint sein kann, die Constituirung einer großen Militärmacht, die sich zwischen die beiden Haupttheile des preussischen Staats legt, als vereinbar mit dem Fortbestand des Staats gelten zu lassen. Eben fällt uns eine frankfurter Correspondenz von Daily News in die Augen, in welcher mit dürren Worten behauptet wird, diese Entwürfe seien das Resultat einer Verschwörung, Deutschland in der Weise des alten Rheinbundes umzugestalten. Auf welches Material diese ungeheure Anklage sich stützt, davon haben wir keine Ahnung: wir hoffen vielmehr zuversichtlich, daß sie sich als gänzlich aus der Luft gegriffen erweisen wird. Aber Eins ist nicht aus der Luft gegriffen.

Gleichviel, was für Absichten diejenigen haben, die an dem Zustandekommen des neuen Militärstaats arbeiten: — wozu er führen muß, wenn er wirklich zu Stande kommt, liegt klar vor Augen.

Man hat häufig über die Rivalität zwischen Preußen und Oestreich geklagt; sie war vorhanden und begreiflich, da zwei wirklich selbständige Staatskörper, künstlich an einander gebunden, sich stets gegenseitig reiben und hindern. Aber diese Rivalität blieb innerhalb gewisser Schranken und konnte nicht leicht zu einer Gefahr für Deutschland werden, denn sie bezog sich nur auf den Einfluß der beiden Staaten, nicht auf ihr Eigenthum; beide Staaten lagen geographisch unabhängig von einander; keiner durfte vom andern etwas begehren.

Anders wäre es mit dem projectirten militärischen Sonderbund. Die Rivalität desselben gegen Preußen würde eine tödtliche sein, denn sie bezöge sich auf den Lebensnerv dieses Staats. Wenn also die Urheber des Plans auch von ganz patriotischen Motiven ausgehen, wenn sie durch ihn einererspaltung Deutschlands vorzubeugen glauben, so führen sie durch ihn grade das herbei, was sie vermeiden wollen; ja es wäre die größte Gefahr, welche jemals über Deutschland geschwebt hätte.

Die preussische Regierung aber möge sich sorgfältig folgende Frage überlegen: — Was für Mittel haben wir, diesem Plan, der uns aus der Reihe der Großmächte entfernen würde, vorzubeugen? — Die Antwort liegt nicht so auf der Hand, wie es sich die unbegreifliche Geistessträgheit und Gedankenarmuth in Berlin leicht einbildet. † †

Der Erfolg der Sammlung für die Schleswig-Holsteiner.

Die dießjährigen Sammlungen für die vertriebenen Schleswig-Holsteiner haben einen ungewöhnlich reichen Ertrag ergeben. Nach dem Rechenschaftsbericht des Hauptvereins betrug die Einnahme am Schluß der Rechnungsbücher 13,620 Thlr. 14½ Sgr., wozu später noch 225 Thlr. kamen. Die Ausgaben beliefen sich auf 9124